

Mario Candeias/Eva Völpel

# Plätze sichern!



## ReOrganisierung der Linken in der Krise

Zur Lernfähigkeit  
des Mosaiks  
in den USA, Spanien  
und Griechenland



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Titelfoto: Plaza del Sol, Madrid 2011, Sergio Rozas cc by-nc  
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH  
ISBN 978-3-89965-551-3

# 5. Eine Situation schaffen, die noch nicht existiert

## 5.1 Von der Fragmentierung der Linken zum linken Mosaik

Kein Teil der pluralen Linken, keine Partei, keine Gewerkschaft, keine linke Avantgarde kann mehr eine Führungsrolle beanspruchen. Zugleich aber sollte vermieden werden, dass Pluralität in Spaltung umschlägt. Daher bedarf es der Entwicklung einer Mosaiklinken (vgl. Candeias 2010a; Urban 2009).

Der neue Bewegungszyklus tritt dabei nicht einfach das Erbe vorangegangener Bewegungen an. So wenig die 68er-Bewegung die Nachfolge der Arbeiterbewegung antrat, und so wenig auch die Frauen- und Ökobewegung einfach nachfolgten, so entstanden die neuen Bewegungen nicht aus den erfolgreichen Kämpfen der globalisierungskritischen Bewegung der Bewegungen. Jede der genannten Bewegungen tradiert Erfahrungen der vorangegangenen Bewegungen, zum Teil unbewusst, trägt teilweise politische Kämpfe weiter. Ihre Entstehung markiert fast immer aber auch einen Bruch mit den Vorgängerbewegungen, sowohl ihre Ziele betreffend, als auch ihre Kampfmittel und Organisationsprinzipien. Immer handelt es sich auch um eine andere gesellschaftliche Zusammensetzung der Bewegung, neue tragende Gruppen. So stellt jeder Zyklus immer auf neue und komplexere Weise die Frage der Vermittlung der Bewegungen und ihrer jeweils unabgeholtenen Ziele und Erfahrungen. So war jeder neue Zyklus immer auch mit neuen Fragmentierungen und Spaltungen innerhalb der Linken verbunden.

Eine Neubestimmung der jeweiligen Funktion innerhalb eines potenziellen linken Mosaiks ist also notwendig. Dies entspricht nicht einfach einer Akzeptanz der unterschiedlichen Positionen, meint nicht einfach ein neues Bündnisprojekt, sondern den produktiven Umgang mit Fragmentierungen und Differenzen, mit Machtungleichgewichten und unterschiedlichen Funktionslogiken zwischen parlamentarischer, betrieblicher und zivilgesellschaftlicher Politik, zwischen Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften, verschiedenen Bewegungen und kleinen Initiativen und Gruppen, zwischen (Selbst-)Organisation und Repräsentation.

Die Markierung von Differenzen und Machtrelationen, sowohl diskursiv als auch organisatorisch, ist Voraussetzung und steht am Beginn eines Prozesses der Verallgemeinerung von Sichtweisen, Interessen und Forderungen. Gegensätze müssen benannt, Unterrepräsentiertes hervorgekehrt werden, Verhältnisse, die Unterordnung herstellen und »Identitäten« immer wieder zuweisen, müssen erkennbar werden. Den Bewegungen der Empörten von Kairo über Madrid und New York bis Athen ist dies gelungen. Der Dissens war unüberhörbar geworden: zugespitzt in der Formel der 99%. Ein demokratischer Bruch mit den geltenden Spielregeln korporatistischer Aushandlungsprozesse und politischer Repräsentation ist nicht ersetzbar – dies haben die Platzbesetzungen bestätigt und vorgeführt.<sup>57</sup> Letztere haben erst die Sichtbarkeit erzeugt, die eine neue Dynamik ermöglichte. Dabei zielte die Markierung von Differenz eben nicht nur auf die herrschende »politische Klasse« oder das politische und ökonomische »System«, sondern auch auf die traditionellen Organisationen der institutionellen, wie der Bewegungslinken und der Gewerkschaften.

Die Formulierung partikularer Interessen sowie die Schaffung eigener Organisationen und Netze ist notwendig, um von dort aus überhaupt in eine Assoziation mit anderen Gruppen und Klassenfraktionen treten zu können und in der Auseinandersetzung das Gemeinsame nicht nur zu finden, sondern zu *produzieren*. Die »Multitude« kommt nicht von selbst zusammen, die Einzelteile der Mosaik-Linken sind nicht schon gegeben und müssen sich auch immer wieder neu, solidarisch zusammensetzen. Solidarisch meint, die Interessen der unterschiedlichen Beteiligten an einem gegenhegemonialen Projekt in die Formulierung der eigenen Interessen mit einzubeziehen.<sup>58</sup> Die Produktion des Gemeinsamen beinhaltet neben der Reformulierung der eigenen und dem Entwickeln gemeinsamer Interessen

---

<sup>57</sup> Subalterne Aufstände und Mobilisierungen sind häufig »ein Bemühen, sich selbst in die Repräsentation einzubringen, und zwar nicht entlang der Linien, die von den offiziellen institutionellen Repräsentationsstrukturen vorgegeben werden«. Zumeist erreichen sie »nichts. Das ist das Moment, das ich »nicht sprechen« nenne« (Spivak 2008, 145). In bestimmten geschichtlichen Momenten organischer Krise jedoch sind die Bedingungen günstiger.

<sup>58</sup> Dies gilt nicht nur für Organisationen mit relativer Organisationsmacht, die die Interessen anderer berücksichtigen müssen, sondern auch für Positionen von kleineren Gruppen, deren Festhalten an wichtigen unmittelbaren, aber eng definierten Interessen im Sprechen die eigene Machtlosigkeit reproduziert, weil die Interessen der anderen nicht mitgedacht werden.

auch die Verallgemeinerung von Erfahrungen und Anerkennung – auch dafür wurde auf den Plätzen eindrucksvoll die Grundlage geschaffen.

Darüber hinaus bedarf es der Anerkennung (sowie Unterstützung) nicht gemeinsamer – für die jeweilige Gruppe aber unverzichtbarer – Forderungen. Letzteres beinhaltet ebenso die Anerkennung unterschiedlicher (politischer) Kulturen, Organisationsformen und Logiken. Ein neues politisches Subjekt muss in der Lage sein, neue Strukturen aufzubauen und bestehende als Unterstützung zu nutzen.

Die Eigenlogiken der unterschiedlichen feldspezifischen Praxen in Betrieb, Zivilgesellschaft, Staat bzw. Parlamenten zu verstehen, die eine auf allen Ebenen minoritäre Linke zusätzlich spaltet, ist dabei unerlässlich, auch um einen Umgang mit den enormen Machtasymmetrien zwischen den Ebenen zu finden. Es ist objektiv schwierig, z.B. Armutsbewegungen, Gewerkschaften und Partei(en) konkret zu verbinden (Fox Piven/Cloward 1977). Wichtig ist ein offener Prozess, der es erlaubt, Partikulares neu zu formulieren, Verhältnisse neu zu denken, Gemeinsames nach vorn zu stellen und die unterschiedlichen Funktionen – arbeitsteilig – neu zu verbinden. Das Unvereinbare lässt sich möglicherweise in einem zweiten Schritt in einer emanzipativen transformatorischen Perspektive und beim Aufbau neuer Institutionen (und Verfahren) aufheben. Es müssen Formen und Prozeduren gefunden werden, Machtasymmetrien zwischen unterschiedlichen Organisationen zur wechselseitigen Stärkung der gemeinsamen Organisationsmacht einzusetzen. Um im Bild zu bleiben, es genügt nicht, die Mosaikstücke nebeneinander zu legen, sie müssen konkret verbunden werden, sonst zerbricht das Bild bei der ersten Erschütterung. Dies ist auch die Idee hinter Mimmo Porcaros Begriff der »partito connettivo« (verbindende Partei): Sie »sollte die Vorstellung der klassischen Massenpartei überwinden« (2010, 72). Die verbindende Partei ist »die Vereinigung der unterschiedlichen (politischen) Subjekte in Formen, die die bestehenden Unterschiede nicht beseitigen wollen« (ebd., 73), sie vielmehr in einer *gesellschaftlichen* Partei (Gramsci) neuen Typs verbinden.

Denn es ist ein Fehlschluss schon der Bewegung der Bewegungen, sie seien »Ausdruck der Bevölkerung«, vielmehr repräsentieren sie »nur eine ›Elite‹«, die »Zeit und Ressourcen besitzt, ›uneigennützig‹ Organisationen zu gründen«, mahnt Porcaro (2010, 73). Partei und Gewerkschaften z.B. erreichen Gruppen, die die Bewegung oft nur schwer oder gar nicht erreicht, Hartz-IV-Bezieher\_innen und »abgehängtes Prekariat«, aber auch Migrant\_innen, klassische Beschäftigtengruppen wie Facharbeiter\_innen

oder neue prekäre Arbeiter\_innen in den diversen Dienstleistungsberufen vom Einzelhandel bis zu den Gesundheitsdiensten, sowie auch die nicht zu vernachlässigende Zahl der älteren Generationen von Aktivist\_innen mit Partei- und Gewerkschaftsorientierung. Die neuen Bewegungen wiederum bringen eine ganze Generation von Aktivist\_innen ein und (re)mobilisieren viele, die sich von der Politik aus gutem Grund abgewandt hatten.

Ohne den Impuls der Bewegungen ist kaum Veränderung zu denken. Doch zeigen sich auch die Probleme einer »präsentischen Demokratie« (Lorey 2013, 49), die nicht repräsentieren will, damit aber nur jene einschließt, die sich beteiligen (können). Eine Mosaiklinke kann sich nicht auf die Verbindung der aktiven Teile der Bevölkerung sowie auf allerlei linke Organisationen und Bewegungen beschränken.

Die Tendenz, sich zu sehr auf die »Selbstorganisation von Internet-Gemeinden« oder einer – durchaus wachsenden – aktivistischen Szene zu konzentrieren, geht »dem Problem der öffentlichen Kontrolle des Kapitals und dem des Bündnisses mit den weniger Qualifizierten aus dem Weg; dies wiederum fördert Misstrauen der weniger Qualifizierten gegenüber den Träger\_innen spezialisierten Wissens« (Porcaro 2011, 31). Die Spaltung behindert die Handlungsfähigkeit der populären Klassen und lässt Teile »zum Subjekt der populistischen Revolte gegen alle gesellschaftlichen ›Vermittler‹ (politische Klasse, Experten, Intellektuelle jeglicher Art)« werden (ebd., 31f.) – und zwar anders als Porcaro meint, sowohl bei den *formal* Hoch- wie Niedrigqualifizierten.

Dies erfordert das Verhältnis von Selbstorganisation und Repräsentation neu zu denken. Das Mosaik müsste auch jene populären Klassen einbeziehen, die »aus isolierten Individuen« bestehen, »die sich nicht durch Selbstorganisation verbinden«, sondern oft auch »in Bezug auf ein politisches Ziel oder – schlimmer noch – in Bezug auf einen politischen Anführer« (Porcaro 2013b, 145). Es sind Fraktionen, die entweder nicht über die Ressourcen (Zeit, psycho-physische Konstitution, »kulturelles Kapital, räumliche Nähe etc.) verfügen, um sich selbst zu organisieren, und/oder »die traditionellen Parteien kritisieren, aber trotzdem von einer »effizienten« Partei träumen, ein »Volk«, das den Staat kritisiert, aber trotzdem einen einflussreichen Staat will, der in der Lage ist, sie vor den Auswirkungen der Krise zu schützen« (ebd.). Damit diese Gruppen nicht von neuen rechten oder (proto)faschistischen Parteien eingebunden werden oder sich diffusen neuen Formationen wie der Cinque Stelle von Beppe Grillo in Italien anschließen, müsste eine linke Partei als Teil bzw. spezi-

fische Funktion eines Mosaiks nicht nur stärker zur Bewegungspartei werden, sondern wahrscheinlich »auch einige Wesenszüge der alten Massenpartei übernehmen«. Sie müsste repräsentieren und vielleicht auch, »mit der gebotenen Vorsicht, einige Aspekte einer Politik nutzen, die sich auf persönliches Charisma stützt« (ebd.)<sup>59</sup> – ein postautoritäres Charisma einer Gruppe, das durch Überzeugung und Führung gekennzeichnet ist, mit der Durchsetzung sozialer Verbesserungen bzw. mit dem Abbau sozialer Zwänge und Nöte die Handlungsfähigkeit der Einzelnen stärkt und Möglichkeiten zur Selbstaktivierung und Selbstregierung entwickelt. Repräsentation kann so verbindend wirken – freilich – in Erinnerung an Gayatri Spivak – immer in der Gefahr, die Subalternen der eigenen Sprache zu berauben bzw. »für ihre Sprache taub zu sein« (Kaindl/Rilling 2011, 22).<sup>60</sup> Repräsentation bleibt immer prekär.<sup>61</sup>

Das Verbinden unterschiedlicher Teile der gesellschaftlichen Mobilisierung, ohne Differenzen unterzupflügen, ist in einem zweiten – eigentlich parallelen – Schritt gelungen: dem Knüpfen organischer Kooperationen. Es gelang ein populares Projekt einer Mosaiklinken zu formulieren, das Bewegungen – alte und neue –, Gewerkschaften und Parteien neu verbindet. Die Forderung nach direkteren Formen der Partizipation, eine Demokratisierung von Staat und Ökonomie, war und ist dabei essenziell.

Erforderlich ist dabei auch ein neuer Typ von Intellektuellen. Die im gramscianischen Sinne kollektiven organischen Intellektuellen, die aus der Bewegung selbst erwachsen, organisierend wirken, paradigmatisch ihren Ausdruck repräsentieren, sind in einer so vielfältigen und fragmentierten Linken nicht mehr ausreichend. Die Anforderungen in einer Mosaiklinken

<sup>59</sup> »Populismus ist nicht in jedem Fall ein Phänomen der Rechten.« (Porcaro 2013b, 145) Vgl. dazu die grundlegende Arbeit von Ernesto Laclau (1981). Eine populistische Anrufung muss allerdings mit einem Organisationsprozess verbunden sein, der sich aus einem populistischen – von wenigen getragenen – zu einem popularen Projekt entwickelt, das von den Vielen selbst getragen und immer wieder reartikuliert wird.

<sup>60</sup> Der Widerspruch reduziert sich nicht auf eine Gefahr der Ungerechtigkeit gegenüber den Repräsentierten. Ein »disparates und disloziertes Klassensubjekt« lässt sich nicht unhinterfragt zum politischen Subjekt aufwerten, sondern schließt im Anschluss an Marx »eine Kritik des Subjekts« und eine Kritik der Vorstellung einer »Subjektivität einer kollektiven Handlungsfähigkeit« ein (Spivak 1988, 31f.).

<sup>61</sup> »Das Auseinandertreten von Organisationen, repräsentierenden Intellektuellen und Repräsentierten macht das Feld frei für Politiken des *Trasformismo* [der Ko-optation]« (Kaindl/Rilling 2011, 23), stärkt Eigenlogiken der Organisation und Bürokratisierung.

sind z.T. andere als in einer einzelnen Bewegung oder Partei. Vielleicht bedarf es eines Typs der *Vermittlungsintellektuellen*, die die jeweiligen politischen Orientierungen, Funktionen und Kulturen innerhalb des Mosaiks vermitteln, ohne die jeweiligen Eigenheiten und Stärken, ohne Differenzen auszublenden, bis ein gemeinsames Bild entsteht. In den organischen Kooperationen ist die Vermittlungsfunktion bereits inhärent angelegt: Das Organische besteht ja gerade darin, dass wesentliche Teile der Aktivist\_innen zugleich in mehreren Organisationen tätig sind, multiple Identitäten repräsentieren, die alltäglich Vermittlungsarbeit leisten. Aufgabe wäre es, ihre Fähigkeiten weiterzugeben, an ihrer Verallgemeinerung zu arbeiten. Darüber hinaus macht Gramsci deutlich (Gef. 7, 1537), dass in komplexen Gesellschaften keine individuellen Personen, sondern nur kollektive Intellektuelle diese Funktion übernehmen können, also etwa vermittelnde Instanzen, wie die Interbarrio-Kommissionen, die Frente Cívico oder die enge Verbindung von Solidarity4all und Syriza. Das Mosaik einer gesellschaftlichen Partei »stützt sich auf die Initiative einer Vielzahl von unterschiedlichen und divergenten Gruppen, die nicht durch Zwang zu einer Einheit gebracht werden«, sondern auf der Grundlage der Reformulierung und des Kohärent-Arbeitens von Interessen und Leidenschaften, durch die Praxis der *gemeinsamen Bearbeitung ihrer Widersprüche* (Demirović 1997, 88).

## 5.2 Von der Mosaik- zur Transformationslinken

In den USA gelingt es nicht, das Mosaik zu einem beweglichen, aber klaren Bild zu fügen: Es mangelte an einer übergreifenden zivilgesellschaftlichen Organisierung und koordinierenden Struktur. Es blieb bei einer Ansammlung zahlloser, oft origineller und zukunftsweisender Initiativen, die sich jedoch nicht verbanden, keiner gemeinsamen strategischen Überlegung folgten. Es wurde zwar eine »verbindende Sprache«, aber »keine wahrhaft verbindende gesellschaftliche Partei geschaffen« (Porcaro 2011, 229). Die Mobilisierung zerstreute sich in zusammenhanglose Ein-Punkt-Initiativen, die für sich genommen unverzichtbar sind, wie Occupy Homes oder Occupy Sandy. Doch das Mosaik zerbrach. Im Lokalen tragen die organischen Kooperationen weiterhin. Der Versuch veränderte die Einzelnen, Erfahrungen und Unabgegoltene werden weitergetragen, Neues wird vorbereitet.

In Spanien und Griechenland ist – trotz bestehender Spannungen und Gegensätze – von einer momentan gelingenden Mosaiklinken auszugehen.



Teilweise erscheint es fraglich, ob der Begriff der Mosaiklinken hier zur Beschreibung noch ausreicht oder ob sich mit den organischen Kooperationen und der molekularen Organisierung nicht bereits eine plurale gesellschaftliche Transformationslinke herausgebildet hat. Denn in weiten – keineswegs allen – Teilen lassen sich die unterschiedlichen Strömungen der gesellschaftlichen Mobilisierung häufig nicht wirklich unterscheiden. In der Bewegung gegen Zwangsräumungen etwa arbeiten 15M, Izquierda Unida, Mehrheits- und Basisgewerkschaften aufs engste zusammen, nicht nur arbeitsteilig, sondern vielfach in Personalunion: Die 15M-Aktivist\_in ist eben zugleich als lokale Gewerkschafterin aktiv und nimmt Funktionen in der Partei ein. Solidarity4all und Teile von Syriza etwa sind organisch verwachsen, personell, infrastrukturell und finanziell. Die Apparate existieren fort, werden umgebaut, sichern eine Infrastruktur – Bewegungen erkennen ihren Nutzen. Zugleich gelang es jedoch auch, die linken Parteien und Gewerkschaften stärker als zivilgesellschaftlich verankerte Bewegungsakteure wieder zu beleben, bürokratischen Verkrustungen (auch aufgrund des Mangels an zivilgesellschaftlicher Bewegung) entgegenzuarbeiten. Auch wenn sich die Teile des Mosaiks manchmal personell kaum, organisatorisch schwierig auseinanderhalten lassen, so gilt dies jedoch nicht für die unterschiedlichen Funktionen von Mosaik- und Transformationslinken.

Die Stärke des Mosaiks ist es, gesellschaftliche Gruppen und Organisationen zusammenzubringen, die unterschiedliche Ziele mit unterschiedlicher Reichweite und Strategie verfolgen. Das Gemeinsame steht im Vordergrund. Natürlich müssen Gewerkschaften weiter ihre Mitglieder vertreten, ihnen Schutz bieten, betriebliche Auseinandersetzungen führen und konkrete Abschlüsse erzielen. Linke Parteien müssen weiterhin parlamentarische Arbeit leisten, von den Kommunen über Regionalparlamente bis hin zur nationalen und europäischen Ebene, um Wählerstimmen ringen, auch repräsentieren. Zum Teil übernehmen sie Regierungsfunktionen. Wie sie das alles tun, hat sich jedoch durchaus geändert. Die feldspezifischen Praxen konnten angenähert und produktiv verknüpft werden. Bürgerentscheide oder parlamentarische Initiativen haben mehr Aussicht auf Erfolg, wenn sie mit einer lebendigen Praxis von Kampagnen, Besetzungen, Massendemonstrationen, Blockaden, zivilem Ungehorsam verbunden sind, die den nötigen Druck entfalten. Bewegungspraxen können die so wichtigen kleinen Teilerfolge erzielen und weitere Mobilisierung besser sichern, wenn etwa der Schutz vor Zwangsräumungen durch kommunalpolitische Maßnahmen oder gesetzlich verbessert wird und so unmittelbar zur Verbesse-

rung von Lebensbedingungen beigetragen wird. Und doch können solche Teilerfolge nur Durchgangsstationen sein. Sonst sind sie ebenso schnell wieder gefährdet: mit dem nächsten Gesetz, dem nächsten Strukturanpassungsprogramm der Troika, der nächsten Privatisierung.

Teile der Mosaiklinken haben daher die Aufgabe, als Transformationslinke die anderen Teile des Mosaiks zu konsequenten Schritten der Veränderung und des Bruchs zu treiben, immer wieder deutlich zu machen, wo Forderungen oder Strategien zu scheitern drohen, weil sie noch im gegebenen, viel zu engen Rahmen versuchen, Verbesserungen durchzusetzen, entweder in Kompromissen mit den Herrschenden oder im Glauben an die Kraft des ganz Anderen, das von unten aus den Nischen wächst, ohne die Gegenkräfte zu berücksichtigen.

Hier wird der Sinn »revolutionärer Realpolitik« deutlich. Reform und Revolution, so Rosa Luxemburg, sind »nicht verschiedene Methoden«, sondern »verschiedene Momente in der Entwicklung«, die sich einander »bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z.B. Süd- und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat« (GW 1/1, 428). Unter ungünstigen Verhältnissen dienten Reformen stets der Verbesserung der unmittelbaren Lage der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Unterdrückten. Im günstigen Fall konnten sie für die Linke Terraingewinne ermöglichen und Handlungsspielräume erweitern und absichern. Wie jede Reform sind hart erkämpfte Errungenschaften wie Begrenzungen der Arbeitszeit, steigende Löhne, soziale Sicherungssysteme, ökologische Modernisierung und Demokratisierungsschritte fragile Kompromisse mit widersprüchlicher Form. Sie kamen im Zuge sozialer Kämpfe zustande und konnten in die kapitalistische Dynamik integriert werden. Diese Errungenschaften sind bedroht, wenn die Akkumulation stockt oder Kräfteverhältnisse sich verschieben. Weitergehende Maßnahmen scheitern, sofern sie die Profitrate drücken, das Kapital zu viel kosten, seine Macht bedrohen. Der Kampf um Reformen ist unverzichtbar, aber beschränkt auf ein vordefiniertes Terrain, im Rahmen der Vereinbarkeit mit kapitalistischer Verwertungslogik. Dies wird in Zeiten der Krise und autoritärer Politiken überdeutlich. »Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht«, beschränkt sich »auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst« (ebd., 428f.). Linke Politik muss ausloten, wie innerhalb dieser Begrenzungen Politik gemacht werden kann, wie die Begrenzungen zu überwinden sind und dabei die »innovativen« Momente

(von der autonomen Selbstorganisation bis zu neuen Formen der Kooperation in der Arbeit) aus der Kapitalform herausgelöst und neu organisiert werden können.

Insofern greift eine realistische Tagespolitik, »die sich nur erreichbare Ziele steckt und sie mit den wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß«, zu kurz. Was vom Standpunkt der Tagespolitik als unrealistisch erscheinen mag, erscheint vom »Standpunkt der geschichtlichen Entwicklungstendenz« eines krisenhaften Kapitalismus, der alle sozialen Errungenschaften stets wieder infrage stellt, als notwendig, so Luxemburg in ihrem Artikel über Karl Marx (GW 1/2, 373). Es bedarf also transformativischer Schritte, die sofort umsetzbar sind, unmittelbar die Bedingungen der Einzelnen verbessern können – in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse agieren, aber in der Perspektive ihrer Verschiebung. Zugleich bezieht sich das Adjektiv »revolutionärer Realpolitik« auf den umwälzenden, an die Wurzel gehenden Charakter einer Politik, weniger auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revolutionärer Machtergreifung, aber doch auf effektive Brüche. Eine Perspektive der Überwindung so zu entwickeln, dass sie »in allen ihren Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in der sie arbeitet«, hinausgeht – so beschreibt Rosa Luxemburg die Dialektik revolutionärer Realpolitik (ebd.). Diese Problematik wird sowohl in Spanien als auch in Griechenland besonders deutlich – wir kommen im letzten Abschnitt mit Blick auf Macht, Regierungsübernahme und Neubegründung von Institutionen darauf zurück. Denn die Aufgabe einer Transformationslinken bedeutet, den Rahmen selbst zu verändern, also nicht nur Reformen innerhalb der gegebenen Verhältnisse und Institutionen durchzuführen, sondern die Anordnung der Verhältnisse selbst zu verändern und neue Institutionen zu schaffen.

Eine Transformationslinke muss sich als gesellschaftliche Partei entwickeln. Dies meint sowohl den Aufbau staatsnaher Strukturen und Bastionen als auch fluider zivilgesellschaftlicher Strukturen und stabiler Institutionen mit größerer Bindekraft und längerfristiger Anlage. Ein loses Netzwerk der »Bewegung der Bewegungen« ist nicht ausreichend. »Die Bewegungen heute neigen leider dazu, sich sehr unbeständige und schwache Institutionen zu geben.« (Porcaro 2013b, 144) Angesichts der enormen Prekariät von Lebens- und Arbeitsverhältnissen müssen die neuen Institutionen stabil und dauerhaft sein. Dies meint keinesfalls, »diese schwachen Institutionen« durch »die Partei zu ersetzen, sondern durch »starke Institutionen« (ebd.).

Eine politische Organisation ist dabei nicht hinreichend. Zugleich müssen soziale und kulturelle Räume ausgebildet werden. Ganz entscheidend ist es etwa, »mit größerer Sorgfalt demokratische Verbände genossenschaftlicher Art auf den Weg zu bringen, die in der Lage sind, die unmittelbaren Bedürfnisse der Masse von Benachteiligten zu befriedigen« (Porcaro 2010, 74) – keine »rein altruistischen«, sondern »mutualistische, also auf gegenseitiger Hilfe basierende Vereinigungen« (2011, 33). Deren »Elementarteile sind lokale Einheiten, in denen Mitglieder nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus gemeinsam einkaufen, kollektive Kinderbetreuung organisieren, über Zeitbanken geldlos Leistungen tauschen, Computerselbsthilfe anbieten usw.« (ebd.). Dies sind Aufgaben einer »sozialen Partei«, wie sie ansatzweise bei Syriza oder linken Parteien in Spanien entwickelt werden. Umgekehrt dürfen zivilgesellschaftliche Solidarnetzwerke sich nicht darauf beschränken, einfach Hilfe anzubieten, ob in der Gesundheitsversorgung, bei Lebensmitteln oder mit einem Obdach, sondern müssen selbst zu Orten politischer Aktion, Organisation und Schulung werden, wie Solidarity4all oder die PAH es versuchen.

Der Aufbau »autonomer Netzwerke populärer sozialer Organisationen« (ebd.) einer gesellschaftlichen Linken darf nicht mit »Vorfeldorganisationen« einer Partei verwechselt werden, sie müssen »autonom« agieren können (ebd., 75). »Solidaritätsinitiativen können wichtige Ausgangspunkte für Kämpfe um/für den Wohlfahrtsstaat sein.« In ihnen als organisatorischen Knoten kann »das Selbstbild der Menschen von dem, was sie erreichen können«, verändert, »mit ihnen zusammen das Verständnis ihrer eigenen Fähigkeit zur Macht« entfaltet werden (Wainwright 2012a, 122). Sie sind damit potenziell nicht nur ein »wirksames Gegenmittel gegen (rechten) Populismus« (Porcaro 2011, 33), sondern können auch Abhängigkeiten gegenüber einer (linken) Regierung mindern und Klientilismus vorbeugen. »Diese Vereinigungen unterscheiden sich von klassischen NGOs, weil sie die ökonomische Vereinigung gegenseitiger Hilfe darstellen«, die in der Lage sind, »so Voraussetzungen für einen möglichen gesellschaftlichen Konflikt« zu schaffen (Porcaro 2010, 75). Sie beschränken sich nicht auf ein »bürgerschaftliches Engagement«, das die Defizite des ausgedünnten Sozialstaates kompensiert, sondern zielen mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und der direkten Aneignung auf seine Rekonstruktion und seinen demokratischen Umbau. Ausbau und Demokratisierung des Sozialstaates sollen aus dieser Perspektive Mittel und Entscheidungsmacht in die Zivilgesellschaft umleiten.

### 5.3 Von der verbindenden zur strategischen Partei

Aus Sicht jener in den neuen (Demokratie-)Bewegungen, die sich überwiegend auf Selbstorganisation von unten beschränken, muss »ein langer Marsch unternommen werden, von der Negation des Systems zur Rekonstruktion von Institutionen«, auf Basis »deliberativer« und partizipativer Prozesse (vgl. Castells 2012, 125). Doch die Vorstellung, »die gesellschaftliche Veränderung bestehe in fortschreitendem und linearem Anwachsen einer Bewegung, die nach und nach dem Staat (und dem Kapital) Ressourcen entzieht und sie der Gesellschaft zuführt« (Porcaro 2011, 73), hat sich als falsch erwiesen. »Die Herstellung einer gegenhegemonialen Bewegung kann nicht als additiver Prozess gelingen« (Kaindl/Rilling 2011, 26) oder durch Kooperation von in sich vermeintlich abgeschlossenen Organisationen von Fall zu Fall (Candeias 2012a). Es bedarf der Führung, um qualitative Sprünge und effektive Brüche zu erzeugen, andernfalls verpufft Initiative oder droht sektiererisch oder reaktionär abzudriften. Es gibt jedoch keinen privilegierten Ort der Führung mehr, geschweige denn einen »Führer«. Immer droht auch die autoritäre Ver selbständigung von Führung.

Es geht um eine »verteilte Führung«, die »keinen zuvor etablierten Führungs- oder Avantgardestatus voraussetzt« (Nunes 2013, 64), sondern Einzelnen oder Gruppen ermöglicht, temporär eine Führungsfunktion zu übernehmen, um Dinge voranzubringen, Aktivitäten auf einen vorläufigen Fokus zu konzentrieren. Dies trifft etwa für jene zu, die in sozialen Netzwerken oder im »realen« Leben mit der Organisierung von Massen begannen, die zu den Versammlungen und Camps führten. Dies gilt für die Entwicklung von Slogans, die für ein gemeinsames Verständnis und gemeinsame Sprache so wichtig sind. Dies zeigt sich, wenn durch das Agieren Einzelner oder von Gruppen Blockaden im Prozess durch vermittelnde oder vorantreibende Interventionen gelöst werden oder wenn Impulse für neue Initiativen gestartet werden, die die gesamte Bewegung neu ausrichten, von den Plätzen in die Viertel, von den Besetzungen der Plätze zu den Besetzungen von Wohnungen und Krankenhäusern etc. Rodrigo Nunes betrachtet diese Form der verteilten Führung als eigentliches Organisationsprinzip der neuen Bewegungen. Dabei »reicht es nicht aus, einfach mal nur eine Idee in die Welt zu setzen. Soll sie bei anderen auf Resonanz stoßen und Zugkraft ausüben, bedarf es einer größeren Anstrengung. Der Erfolg einer Idee hängt in der Regel davon ab, dass es eine Gruppe von Men-

schen gibt, die diese aufgreift und mit eigenem praktischen Beispiel vorgeht« (ebd.). Dies erfordert die Mühe der Organisation.<sup>62</sup> Eine solche Führungsfunktion ist dabei immer nur vorübergehend und bedarf der immer wieder erneuten Legitimierung durch die Praxis. Die »Unterstellung« unter eine solche Führung ist dann kein Ergebnis zwangsförmiger hierarchischer Unterordnung, sondern freiwillig und revidierbar, selbstgewählte Disziplin aus Überzeugung, nicht abstrakt ideologischer, sondern konkreter praktischer Überzeugung.

Die verteilte Führung bezieht sich keineswegs nur auf eine Funktion innerhalb der Bewegungen, sondern auch innerhalb des Mosaiks, also zwischen unterschiedlichen Teilen von Bewegungen und unterschiedlichen Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen. Je nach politischer Konjunktur und strategischer Notwendigkeit geht die Führung des Gesamtsubjekts von einem Teil des Mosaiks auf einen anderen über (z.B. in Spanien von der 15M-Bewegung über S25 zur PAH und evtl. der Frente Cívico bzw. in Griechenland von den anarchistischen Bewegungen und Gewerkschaften zu den Empörten und dann zu Syriza in Verbindung mit Solidaritätsnetzen wie *solidarity4all*). Jeder Übergang der Führungsfunktion von einem Teil des Gesamtsubjekts auf einen anderen verdeutlicht einen neuen Verdichtungspunkt, einen Strategiewechsel und eine Neuausrichtung der Mobilisierung.

»Die Idee der verbindenden Partei basiert u.a. auf der stillschweigenden falschen Annahme, alle Fraktionen« der Subalternen und Prekären »bewegen sich aufeinander zu«, schreibt Mimmo Porcaro selbstkritisch mit Blick auf Italien (2011, 32). Dies gilt auch für die gesellschaftlichen Mobilisierungen infolge des Auftauchens der neuen (Demokratie)Bewegungen. »Die bloße Kommunikation zwischen den ›Vielen‹ kann jedoch keine Einheit« – besser: *Verallgemeinerung* herbeiführen (ebd.). Es bliebe bei einer schwachen Version des Mosaiks ohne verbindliche Praxis, Strategie und Taktik öffentlich und regelmäßig zu diskutieren – wie in den USA nach dem Gang in die Viertel. »Pluralismus allein reicht nicht aus«: Die Ergebnisse plu-

<sup>62</sup> »Es wäre naiv, davon auszugehen, dass die Kapazitäten und die Bereitschaft zur Führung, auch wenn diese dezentralisiert ist, gleichmäßig verteilt sind. Soziale Mediennezwerke wie Occupy oder 15M bestehen aus einer großen Zahl von wenig verbundenen Knoten(punkten) und einer kleinen Zahl von Zentren mit stärker verbundenen und weiter entfernten Knoten. Insofern widerspricht all das verfügbare Wissen über die Struktur dieser Art von Netzwerken jedem simplen Nivellierungskonzept, das Horizontalität mit absoluter Gleichheit gleichsetzt.« (Nunes 2013, 65)

realistischer Debatten müssen durch intellektuelle und politische Gruppen weiter verarbeitet werden (ebd., 34), die zu jedem Zeitpunkt an der Realität geprüft und aktiv verbunden und verallgemeinert werden, zu einer gemeinsamen, aber flexiblen *politischen Linie* verdichtet werden. Dies ist die Funktion der jeweils führenden Gruppe als kollektiver Vermittlungsintellektueller. In diesem Prozess der verteilten und wechselnden Führung muss sich die verbindende gesellschaftliche Partei auch zur strategischen Partei entwickeln und dabei unterschiedliche Zeitrhythmen integrieren. Die horizontale, basisdemokratische Arbeit in den Versammlungen, die Arbeit der Vermittlung und Verallgemeinerung – auch der Verallgemeinerung von Führungsfähigkeit – braucht Zeit. Zugleich bedarf es aber in kritischen Situationen schneller gemeinsamer Entscheidungen. Ein zentraler Aspekt der Führungsfunktion ist es, im richtigen Moment »die Stärke der Bewegungen auf entscheidende Punkte der politischen Konjunktur zu lenken – Punkte, die sich ja ständig verändern« (Porcaro 2013b, 143).

## 5.4 Occupy Lenin – Strategie und Staatsmacht

Erleben wir vorrevolutionäre Zeiten? Schwer zu sagen. Sicher aber erleben wir das »Interregnum«, eine Transformationsperiode, in welcher ein autoritär und postdemokratisch gewendeter neoliberaler Machtblock seine Herrschaftsinteressen sichert und andere, auch Kapital-immanente Krisenlösungen blockiert. Für ein eigenes hegemoniales Projekt ist der Autoritarismus sicher unzureichend, da seine Attraktivität und sein ökonomisches Potenzial begrenzt bleiben. Er vermag aber zu verhindern, »dass die Elemente der Lösung sich mit der nötigen Geschwindigkeit entwickeln; wer herrscht, kann die Krise nicht lösen, hat aber die Macht (zu verhindern), dass andere sie lösen, d.h. hat nur die Macht, die Krise selbst zu verlängern« (Gramsci, Gef., H. 14, §58).

Die herrschenden Klassen sind sich uneinig angesichts der Unwägbarkeiten der Krise und zersplittert mit Blick auf die notwendigen Maßnahmen zur Krisenüberwindung: Die Regulierung der Finanzmärkte stockt, der Schuldenabbau misslingt, die finanzielle Überakkumulation wächst (wenn auch etwas langsamer). Mit Blick auf die autoritäre Sicherung und Ausübung der Staatsmacht sind sie aber imstande, sich zu einigen, sich strategisch »auf den Staat als finalen Garanten ihres Überlebens zu fokussieren« (Porcaro 2013a, 135). Sie haben dabei nicht nur längst ihre Fähigkeit zur

Führung und Organisation eines aktiven Konsenses verloren – zumindest in Südeuropa, wird darauf verzichtet, tritt der Zwang offen zutage.

Viele soziale Institutionen in Griechenland und Spanien sind weitgehend zusammengebrochen. Sie werden durch wechselseitige Hilfsinitiativen ersetzt bzw. gestützt. Massenproteste sind an der Tagesordnung. Was noch funktioniert, sind die repressiven Apparate (vgl. Caceres/Oberndorfer 2014). Die zivilgesellschaftlichen »Schützengräben« sind bis hin zu den Zeitungen dominiert von der Kritik an der imperialen Unterwerfung unter die Troika und der Unfähigkeit der eigenen Regierungen. Doch obwohl das Leben in weiten Teilen auf Selbstorganisation zurückgeworfen ist und die Straße erobert, betreiben die herrschenden Gruppen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen. Die Ströme zivilgesellschaftlicher Organisation erreichen die soliden Institutionen der Herrschaft nicht. Die Welt zu verändern, ohne die Macht zu ergreifen, scheitert an diesem Punkt.

Die strategische Frage ist nicht, ob »die Apparate der Zivilgesellschaft oder die Hauptquartiere« der Macht erobert werden sollen, wie Rehmann treffend kritisiert (2013, 142). Dies wäre ein falscher Gegensatz, der die Linke schon oft zerrissen hat. Der reine Bewegungstypus der Mobilisierung, das »stetige Wachsen der Selbstorganisation populärer Subjekte«, kritisiert Porcaro, genügt jedoch nicht mehr. Die Arbeit der Verdichtung steht an – dies ist der strategische »Lenin'sche Moment« (Porcaro 2013a, 138).

»Die verbindende Partei beschränkte sich darauf, verschiedene Subjekte in Beziehung zu setzen, in der Annahme, dass ihr ständiges Wachsen genüge«, räumt Porcaro mit Blick auf die Situation in Italien selbstkritisch ein (2010, 75). Doch immer noch werde »die richtige Idee der sozialen Selbstorganisation als Alibi« verwendet, »um sich nie der Frage der Staatsmacht und der Kontrolle der Produktionsmittel zu stellen« (2013b, 142).

Gegen eine »Zivilgesellschaftsromantik« (Ross 2010, 154) gilt es also das Verhältnis zum Staat neu anzugehen. Die Staatsfixierung der alten Linken beförderte eine Reorientierung auf Zivilgesellschaft und Selbstorganisation. Der Staat im engen Sinne erschien nicht mehr länger als gesellschaftliches Zentrum oder Hauptquartier der Macht. Die zutreffende linke Staatskritik geriet zugleich in eine gefährliche Nähe neoliberaler Vereinnahmung, wurde ideologisch ver-rückt zum Abbau des Sozialstaates und zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse genutzt. Der Staat wurde weitgehend den herrschenden Klassen überlassen.

Sie sollen alle gehen. Aber wer ist gemeint? Was grenzt eigentlich die herrschenden Klassen von der »Subalternen-Suppe« (Habermann) ab?



(Candeias 2012c) Marxistische Theorie betont zu Recht: Anders als in feudalen Produktionsverhältnissen beruht die kapitalistische Produktionsweise in erster Linie nicht länger auf personaler Herrschaft als vielmehr auf a-personalen Verhältnissen struktureller Abhängigkeit: Die Arbeiterin ist eben doppelt frei und auch noch (Staats-)Bürgerin mit formal gleichen Rechten wie der Kapitalist. Im strukturalen Marxismus von Althusser und anderen wird die strukturell-systemische Macht auf die Spitze getrieben: Die Anrufung des Subjekts erfolgt immer schon vor dem Hintergrund der freiwilligen Unterwerfung. Bei Antideutschen wird dann jeder Hinweis auf herrschende Klassen schnell mit dem Vorwurf eines strukturellen Antisemitismus beantwortet und stillgestellt. Dagegen hat Rainer Rilling bereits 1982 in dem Artikel »Das vergessene Bürgertum« bemängelt, dass kritische Theorie »ohne gesellschaftliches Subjekt auszukommen scheint« (34). In der Regulationstheorie wird dann zu Recht darauf hingewiesen, gesellschaftliche Regulation erfolge ohne zentral »steuerndes Subjekt« (Hirsch) – aber eben nicht subjektlos (vgl. Candeias 2004).

Es gibt also kein gesellschaftliches Zentrum. Insbesondere in der Folge von Foucault haben wir gelernt (was sich auch schon bei Gramsci findet), dass Machtverhältnisse in alle Poren der Gesellschaft diffundieren, mikrosoziologisch überall Machtverhältnisse zutage treten und jede Einzelne Macht ausübt, irgendwie. »Reine Subalternität« gibt es nicht (Spivak 2008, 121). Doch mit der Diffusion und Vervielfältigung von Machtverhältnissen darf nicht die Differenz von gesellschaftlichen Positionen im Sinne von Machtasymmetrien, von struktureller Herrschaft, aber auch von Hegemonie verschwinden. Es geht in der Verwobenheit von Machtverhältnissen um eine immer wieder neu vorzunehmende relationale Bestimmung zwischen Herrschenden und Subalternen, von struktureller Macht, v.a. der jeweiligen Form der Trennung von Ökonomie und Politik, ihrer Neuverknüpfung mit Patriarchat und Rassismen. Denn neben der Zerstreuung von Macht in vielfach verwobenen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, die zur Spaltung der Subalternen entlang ethno-nationaler, rassistischer, geschlechtlicher, religiöser und kultureller, bildungs- und generationaler etc. (Selbst-)Zuschreibungen führt, gibt es immer noch und mehr denn je Verdichtungen von Macht. Natürlich sind auch jeder Spitzenbanker und jede Bundeskanzlerin Getriebene globaler Konkurrenz und systemischer Zwänge. Aber doch mit ein paar mehr Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen als bspw. eine Hartz-IV-Empfängerin, die sich der zumindest sehr persönlich anfühlenden Despotie des (oft prekären) JobCenter-Fall-

bearbeiters ausgesetzt sieht. An diese manchmal theoretisch vergessene Banalität erinnert lautstark der Protest der 99% gegenüber dem 1%.

In diesem Sinne lässt sich eine theoretische Unterscheidung treffen zwischen a) einem Machtblock als »eine von inneren Widersprüchen gekennzeichnete Einheit von politisch herrschenden Klassen und Fraktionen« (Poulantzas 1973, 239), in dem oppositionelle Führungsgruppen als beherrschte in subalternen Positionen des herrschenden Machtblocks integriert, also Teil der Herrschaft sind (Gramscis *Trasformismo*), z.B. Gewerkschaftsspitzen, NGOs usw.; und b) einem geschichtlichen Block eines bestimmten hegemonialen Projekts, der Herrschende und Beherrschte mit einschließt. Der Machtblock repräsentiert damit eine Seite des Widerspruchs zwischen Regierenden und Regierten, während ein geschichtlicher Block die widersprüchliche Einheit von Regierenden und Regierten darstellt (Candeias 2004, 43-46). Deutlich wird dann, dass eine Art hollowaysche Distanzierung vom Staat nicht weiterhilft bzw. einem problematischen Mythos unterliegt (vgl. Ross 2010). Der Staat wird missverstanden als geschlossener Herrschaftsapparat und die Bewegung auf dem Feld der Zivilgesellschaft isoliert. Die Geschichte der Armenbewegungen (Fox Piven/Cloward 1977) verdeutlicht, dass der Staat im engeren Sinne selbst ein widersprüchliches Kampffeld darstellt und seine Form Ergebnis der Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist. Sinnvolle Reformen – insbesondere eines linken Staatsprojektes – sind nicht einfach abzulehnen oder irrelevant, nur weil sie auf einem vermachteten Terrain stattfinden.

Manuel Castells verfehlt dieses Problem, wenn er entsprechende Debatten zur Reorientierung in der gesellschaftlichen Mobilisierung als »produktivistische Vision des sozialen Wandels« denunziert (2012, 143): »Wenn nichts durchsetzbar ist, versagt die Bewegung. Sie argumentieren, dann reproduziere sich nur die kapitalistische Logik... Durch die Internalisierung dieses produktivistischen Imperativs wird eine Perspektive produziert, die die Bewegung in eine selbstgemachte Niederlage führt und sie von ihrem ursprünglichen Ziel einer tiefen gesellschaftlichen Transformation fortführt. Wenn ein klar definiertes Ziel erreicht werden muss, dann ist auch ein Programm, eine Strategie, eine Organisation, ein Aktionsplan nötig, um von A nach B zu kommen... Dies führt nur zu einer neuen Form der repräsentativen Demokratie.« (ebd.)<sup>63</sup>

<sup>63</sup> E.O. Wright unterscheidet sehr vereinfacht drei unterschiedliche Strategien der Transformation: 1. Strategien, die in den Nischen kapitalistischer Gesellschaften al-

Linke Bewegungspolitik kann institutioneller (linker) Politik nicht teilnahmslos gegenüberstehen, muss vielmehr Druck entfalten, sich einlassen, solche Politiken in einer Matrix der Interessenverallgemeinerung interpretieren und bearbeiten. Dies erfordert allerdings die Sicherung der Autonomie der Bewegungen, d.h. Schaffung eigener Institutionen und einer eigenständigen »moralischen Ökonomie« (Thompson) bzw. solidarischer Ökonomien.

Beispielhaft kann ein solches strategisches Verhältnis zum Staat in der Politik der brasilianischen Landlosenbewegung MST zu Beginn der PT-Regierung gezeigt werden. Diese gab sich nicht damit zufrieden, Forderungen an die Regierung zu stellen. Sie unterstützte die Politik des Präsidenten Lula kritisch – sofern diese aber erlahmte, erhöhte die MST die Zahl der Landbesetzungen, um auf diese Weise Tatsachen zu schaffen und weiteren Druck aufzubauen. Die MST rekurrierte auf staatliche Politik, aber nur insofern, als es um die Absicherung und Erweiterung von Handlungsspielräumen für die Bewegung und die Aneignung von Lebens- und Arbeitsbedingungen ging (etwa Landrechte). Landbesetzungen waren und sind der Motor der Organisierung, eine gemeinschaftliche Produktionsweise bildet die ökonomische Grundlage, eigene Schulen und Ausbildungsstätten sichern politische, organisatorische und produktive Entwicklung. Die MST versuchte eine weitestgehende Selbständigkeit zu gewinnen, ohne der Illusion einer Autonomie jenseits des Staates zu erliegen. – Solidarity4all und Syriza kommen einem solchen Verständnis ebenfalls nah. Dies setzt voraus, Bewegungselemente immer wieder zu reaktivieren, um die Bürokratisierung von Organisationen und die Passivierung ihrer Mitglieder aufzubrechen, die Organisationsmacht zu stärken.

---

ternative Lebensweisen und Organisationen entwickeln und versuchen, sukzessive diese Nischen (»Löcher«, Holloway) auszuweiten; 2. Reformistische Strategien, die innerhalb der gegebenen Institutionen quasi kumulativ durch kleine Schritte nach und nach große qualitative Veränderungen bewirken wollen; 3. Strategien, die auf den (revolutionären) Bruch zielen, um radikale Transformationen durchzusetzen (2010, 365; vgl. Brie 2011). Jede dieser Strategien bringt spezifische Probleme mit sich: 1. Die Nischenstrategie scheitert eben an den soliden Institutionen der Herrschaft und der Beweglichkeit des Kapitals, neue Impulse umzubauen und zu integrieren; 2. Reformistische Strategien stoßen an die Grenzen kapitalistischer Herrschaft in Betrieb, Staat und transnationalisierten Märkten; 3. (National-)revolutionäre Strategien scheitern an strukturellen und transnationalen Machtverhältnissen bzw. an der Zersplitterung der Subalternen. Als solche sind alle drei defizitär. Beweglich kombiniert können sie sich wechselseitig stärken.

Die Entwicklung eines kritischen strategischen Verhältnisses zwischen Bewegung und Staat ist anspruchsvoll und geht über das Problem der Formierung einer bündnisförmigen Mosaiklinken hinaus. Daher bedarf es außerdem neuer vermittelnder Institutionen, die nach und nach dazu in der Lage sind, den Staat in die Zivilgesellschaft zu absorbieren: *consultas populares*, partizipative Haushalte/Demokratie, *peoples planning processes*, Räte auf der betrieblichen, kommunalen und regionalen Ebene (und darüber hinaus). Die Praxis der massenhaften Verbreitung von Versammlungen in den neuen (Demokratie-)Bewegungen und die Ansätze ihrer diagonalen Vermittlung können Keimformen eines neuen Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft werden, das staatliche Funktionen der Willensbildung im legislativen Prozess in die Zivilgesellschaft zurückholt.

Solche partizipativen Institutionen zur Dezentralisierung und Demokratisierung von Macht sind allerdings nur effektiv, wenn wirklich etwas zu entscheiden ist, speziell in Bezug auf die Struktur des institutionellen Gewebes: Wie wollen wir leben und Gesellschaft gestalten? – und in Bezug auf den Einsatz der gesellschaftlichen Ressourcen: Wofür und wo wollen wir unsere Ressourcen einsetzen? Dies sollte keine reine Aufgabe des Staates sein, schon gar nicht privat-kapitalistischer Unternehmen. Dies sind Elemente eines linken Staatsprojekts neuen Typs.

»Ich glaube, wir brauchen staatliche politische Macht. Aber es ist entscheidend, was wir in der Gesellschaft und den Bewegungen machen, bevor wir die Macht erlangen. 80% der gesellschaftlichen Veränderungen können nicht durch die Regierung erwirkt werden«, so Andreas Karitzis aus der Führung von Syriza (zit.n. Wainwright 2012a, 120). Die gesellschaftliche Mobilisierung richtet sich in weiten Teilen nicht nur gegen die Troika und die jeweilige Regierung, sondern explizit gegen die überkommenen Institutionen der repräsentativen Demokratie und kapitalistischer Herrschaft. Als konstituierende Macht zielen sie auf eine andere, neue Form konstituierter Macht. Dieser Gedanke bleibt bislang noch zu sehr im »kumulativen« Wachsen des Anderen von unten stecken.

Eine schwache verbindende gesellschaftliche Partei reicht nicht aus. In Italien wurde vor dem Antritt der Linksregierung unter Prodi kaum an gemeinsamen Taktiken, Strategien und Perspektiven innerhalb des linken Mosaiks von Bewegungen, Gewerkschaften und *Rifondazione Comunista* gearbeitet: »Folglich handelte die *Rifondazione* dann innerhalb der Regierung nicht wirklich entsprechend der Forderungen der Bewegungen und umgekehrt unterstützten die Bewegungen die Positionen der PRC in der Regie-

rung nicht wirklich« (Porcaro 2011, 29), was dort letztlich zur Vernichtung der Linken jenseits kultureller und sozialer Nischen führte.

Es bedarf der Verdichtung mit Blick auf die Hauptquartiere der Herrschaft. Denn »auch wenn wir noch so viel Zündstoff auf die Straße bringen, die Probleme noch so sichtbar machen und noch so viel selbstorganisierte Strukturen aufbauen: Wenn wir nicht die institutionelle Macht erobern und die Demokratie über die Gewerkschaften in die Fabriken bringen, ist das nicht von Dauer. Wenn wir weder die Medien noch das Bildungssystem erobern, werden wir die Mobilisierung kaum so verstärken, dass wirklich etwas verändert werden kann«, resümiert Chema Ruiz von der PAH in Spanien (2013a, 125f.).

Es ist ein wahres Kunststück, die unterschiedlichen Anforderungen so zu verbinden, dass der Zusammenhang nicht zerreißt, das Mosaik zerbricht. Denn zivilgesellschaftliche und staatliche (Veränderungs-)Prozesse haben »verschiedene Zeitläufe und Bedingungen«: »Der erste verlangt längere Zeiträume« der Organisierung und Transformation, »einen höheren Grad an Dezentralisierung«, Vielfalt. »Der zweite ist schneller, konzentrierter« (Porcaro 2013b, 144), wenn nötig, von plötzlichen Wendungen der Herrschenden geprägt, erfordert eine konzentrierte, verdichtete Intervention.

Was bedeutet das in Zeiten des Übergangs vom Stellungs- zum Bewegungskrieg, der Mimmo Porcaros Ansicht nach ansteht? (2013a, 137) Die Übernahme der Regierungsmacht ist eine notwendige, aber keineswegs auch nur annähernd eine hinreichende Bedingung. In »Occupy Lenin« beschreibt Porcaro daher das »Lenin'sche Moment« nicht nur in der »Entwicklung des Potenzials einer gegebenen Situation« gesellschaftlicher Mobilisierung mit Blick auf die Regierungsübernahme, sondern in der »Schaffung einer Situation, die noch nicht existiert« (ebd., 138) – mit Porcaro und über ihn hinaus hieße dies: Infragestellung und Neuschaffung der Institutionen an sich (Candeias 2013a, 146).

Dies ist keine Aufgabe institutioneller Politik, einer politischen Partei im engen Sinne, sondern der gesellschaftlichen Partei. Sie erfordert integrale Strategien mit Blick auf Veränderungen des »integralen Staates« (Gramsci), des Zusammenhangs von Zivilgesellschaft und Staat. Dies kann auch keine Forderung nach diesem oder jenem sein, Ende der Zwangsräumungen, Kürzungen und Privatisierungen, Schuldenerlass etc. – auch wenn jede der erhobenen Forderungen unerlässlich ist. Weitere Forderungen richten sich immer an Institutionen und politisch Herrschende, die längst nicht mehr

zuhören. Selbst wenn sie es täten, wenn sie zuhörten, vertrauen wir ihnen nicht (mehr). Die strategische Partei »ist sich bewusst, dass die Regierungsübernahme qualitative Sprünge und Brüche in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen erfordert.« (Porcaro 2010, 75)

Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine linke Regierung in Spanien oder Griechenland chancenlos. Die Asymmetrien der Macht in Europa sind ungeheuer. Ohne Sturz der neoliberalen Regierungen wiederum droht das Potenzial eines verfassungsgebenden Prozesses oder von Schuldenaudits zu verpuffen. Ob die Machtergreifung durch eine Partei neuen Typs wie in Griechenland oder eine Frente Civico, die sich zunächst der Neukonstitution der Institutionen widmet wie in Spanien, sinnvoller wäre, bleibt dabei offen. Nötig ist: Das eine tun, das andere nicht lassen. Bruch und Neugründung sind nicht als Gegensätze zu betrachten, sie verweisen aufeinander.

Arabellion, 15M und Occupy waren erste Unterbrechungen. Sie sind weiterzutreiben, im Sinne der Verbindung von Widerstand mit einer Politik von unten, die Zeit einklagt und sich diese nimmt für eine wirkliche Neugründung Europas. »Wir sind langsam, weil wir weit gehen müssen«, war ein Slogan der Mobilisierung in Spanien.